

Stand: 14.02.2026 22:27:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1917

"Keine neuen Steuern - nein zum Wassercent!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1917 vom 24.04.2024
2. Beschluss des Plenums 19/1973 vom 25.04.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 17 vom 25.04.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Martin Huber, Benjamin Nolte, Markus Striedl und Fraktion (AfD)**

Keine neuen Steuern – nein zum Wassercent!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, von der geplanten Einführung eines Wassercents in Bayern Abstand zu nehmen und für eine auskömmliche Finanzierung des Ausbaus und Betriebs einer nachhaltigen, zukunftsfähigen und sicheren Wasserversorgung im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel und Einnahmequellen zu sorgen.

Begründung:

Wasser ist ein einzigartiges und kostbares Gut. Gerade wegen der immensen Bedeutung des Wassers müssen bereits jetzt im Haushalt ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um alle erforderlichen Schutz- und Vorsorgemaßnahmen und den Aufbau und Betrieb einer sicheren und nachhaltigen Wasserversorgung zu finanzieren.

Die Haushaltslage lässt dies auch ohne Einführung einer neuen Abgabe zu. Ein Einnahmeproblem besteht keinesfalls.

Erhebliches Einsparpotenzial zugunsten der Finanzierung der Wasserversorgungsstruktur gibt es in großem Maße, insbesondere im Bereich der Kosten und Folgekosten für die illegale Migration.

Die Einführung einer zusätzlichen Abgabe wäre in der aktuellen Situation ein falscher Schritt und ein fatales Signal. Die Steuerzahler sind bereits jetzt massiv durch die exorbitant hohe Steuer- und Abgabenlast schwer betroffen.

Hinzu kommen die allgemein schwierige wirtschaftliche Lage und die Belastung von Verbrauchern und Unternehmen durch massiv gestiegene Energiekosten und die u. a. hierdurch verursachten allgemeinen Preissteigerungen.

Die Landwirte stehen bereits heute unter enormem wirtschaftlichen Druck und würden durch eine weitere Abgabe unverhältnismäßig belastet werden.

Gleiches gilt für die wasserintensive Industrie in unserem Land, die in Zeiten einer Rezession ohnehin vor enormen Herausforderungen steht und in einem harten internationalen Wettbewerb bestehen muss.

Die Gebühren für Wasser und Abwasser steigen für die Verbraucher in letzter Zeit deutlich an, viele Kommunen haben ab dem Jahr 2024 die Wasser- und Abwassergebühren drastisch erhöht.

Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einführung eines Wassercents wäre schädlich für Verbraucher, Landwirte und Unternehmen, insbesondere zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Wirtschaft in der Rezession befindet.

Die Einführung dieser neuen Abgabe ist daher zu stoppen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Harald Meußgeier, Dieter Arnold, Martin Huber, Benjamin Nolte, Markus Striedl** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/1917

Keine neuen Steuern – nein zum Wassercent!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Felix Locke

Abg. Franc Dierl

Abg. Markus Striedl

Abg. Patrick Friedl

Abg. Benno Zierer

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Anna Rasehorn

Abg. Matthias Vogler

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Keine neuen Steuern - nein zum Wassercsent! (Drs. 19/1917)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Meußgeier das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Harald Meußgeier (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne! Ja, Wasser ist ein einzigartiges und kostbares Gut. Einige Bundesländer haben bereits den Wassercsent. Bayern will jetzt nachziehen. Hier geht es nicht um einen Cent. Sollte diese neue Abgabe kommen, kann das für eine Familie pro Jahr bis zu 150 Euro Mehrkosten bedeuten. Will man jetzt die Bürger eventuell für diverse Fehlentscheidungen wie Begradigung der Flüsse – siehe Ahrtal –, Kanalisierung des Regenwassers oder Versiegelung von Brunnen zur Kasse bitten, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Wir müssen alles Erforderliche dafür tun, dass die Einzigartigkeit des Wassers nicht für die Einführung einer neuen Abgabe missbraucht wird. Wasser ist essenziell und darf nicht in private Hände kommen. Das Recht auf Wasser sollte, nein, muss in der Bayerischen Verfassung verankert werden. Für ein derart wichtiges Thema wie Wasser müssen immer ausreichend Mittel vorhanden sein. Der Freistaat Bayern hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabeproblem, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ansätze zum Sparen gäbe es genügend wie zum Beispiel im Bereich der Kosten und Folgekosten für die illegale Migration. Auch bei der Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung gibt es viele Möglichkeiten zum Sparen. Ebenso würde ein ersatzloses Streichen des Bayerischen Aktionsplans QUEER Mittel freisetzen, die dann sinnvoller für Investitionen in Wasserinfrastrukturen eingesetzt werden könnten. Anstelle von Klima-

schutzentwicklungen in Indien, die uns übrigens zehn Milliarden Euro kosten, oder Demokratieförderung in Tunesien sollten wir lieber ein Programm zur Modernisierung von Wasserwerken auf den Weg bringen.

(Beifall bei der AfD)

Unser Ministerpräsident hat zwar den Landwirten eine Befreiung zugesichert. Aber was ist mit den Fischereibetrieben, der Industrie, dem Bergbau und der Wasserkraft? Wasserentnahme, ohne zu zahlen: Wo fängt man an, wo hört man auf?

Die Steuerzahler stehen bereits heute unter enormem wirtschaftlichen Druck. Viele wissen nicht, wie sie finanziell über die Runden kommen sollen. Durch eine weitere Abgabe werden sie noch mehr belastet, meine Damen und Herren. Hinzu kommt noch die Belastung von Verbrauchern und mittelständischen Unternehmen durch eine explodierende Preisentwicklung aufgrund der massiv gestiegenen Energiekosten als Folge der gescheiterten Energiewende. Gleiches gilt für die wasserintensive Industrie in unserem Land, die in Zeiten einer Rezession ohnehin vor enormen Herausforderungen steht und in einem harten internationalen Wettbewerb bestehen muss. Die Einführung eines Wassercents würde also zu einer Doppelbelastung führen.

Die im Koalitionsvertrag vorgesehene Einführung eines Wassercents wäre für alle schädlich, insbesondere zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Wirtschaft im Abschwung befindet und es eigentlich Zeit für finanzielle Entlastungen wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Einführung dieser neuen Abgabe ist daher zu stoppen. Dementsprechend fordern wir als AfD-Fraktion die Staatsregierung auf, von der Einführung des Wassercents abzusehen.

Weil uns immer vorgeworfen wird, dass wir keine Lösungen anbieten, ein paar mögliche Lösungsansätze hierzu: Um den Grundwasserspiegel anzuheben, sollten wir Regenwasser wieder mehr auf breiter Fläche versickern lassen. Großflächige Wasserspeicher wären sinnvoll, ebenso Wasserzisternen auf Dächern und in Böden für

Regenwasser. Die Fließgeschwindigkeiten der kleineren Flüsse sollten besser reguliert werden.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Felix Locke von der Fraktion der FREIEN WÄHLER vor.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben sich gerade als Experte zum Thema Wasserkosten gegeben. Dann können Sie mir bestimmt die Frage beantworten, wie viel bei Ihnen der Kubikmeter Wasser kostet und wie der Durchschnitt in Bayern ist. Eines muss doch klar sein: Das Wasser muss von den Kosten her neutral gehalten werden. Wir wollen doch genau die Gebiete unterstützen, bei denen es Probleme mit dem Wasser gibt. Könnten Sie mir einmal den Wasserpreis in München und den Wasserpreis bei Ihnen zu Hause nennen?

Harald Meußgeier (AfD): Soviel ich weiß, hängt der Wasserpreis auch mit den Kanalgebühren zusammen. Der Gesamtpreis in meiner Kommune liegt aktuell bei knapp 6 Euro pro Kubikmeter. Wir wissen aber, dass die Wasserpreise in der letzten Zeit extrem angestiegen sind. Mit dieser neuen Steuer, dieser Abgabe, würden wir die Bürger zusätzlich belasten. In der letzten Zeit wurden auch die Müllgebühren extrem angehoben. Es ist bekannt, dass alle Kommunen ihre Gebühren zum 1. Juli erhöhen müssen. Wir haben also immer neue Mehrbelastungen für den Bürger, und die möchten wir vermeiden.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Kollege Franc Dierl für die CSU-Fraktion.

Franc Dierl (CSU): Sehr verehrtes Präsidium, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Zuhörer und Besucher! "Keine neuen Steuern – nein zum Wassercent!" – Allein diese

Formulierung ist schon falsch. Wir sprechen nicht über Steuern, wir sprechen über Abgaben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein himmelweiter Unterschied.

(Zurufe von der AfD)

Ich stimme mit Ihnen überein: Wasser ist ein einzigartiges und kostbares Gut. Das ist der einzige Satz dieses Dringlichkeitsantrags, dem wir vollumfänglich zustimmen können.

(Beifall bei der CSU)

Das ist ein ganz wichtiges Thema, über das wir jetzt sprechen. Ich bedaure aber, sagen zu müssen: Sie malen hier ein Schreckgespenst an die Wand. Sie kochen hier eine Suppe aus Behauptungen. Da sollen die Steuern erhöht und die Landwirte belastet werden. Es wäre zu wenig Geld für den Schutz des Wassers da. Das Ganze würzen Sie dann noch mit Migration und Angst. Röhre ich das Ganze um, dann bekomme ich eine braune Suppe, die ich nicht haben möchte. Das möchte ich Ihnen an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der CSU)

Sie unterstellen der Bayerischen Staatsregierung, dem Freistaat Bayern und den Kommunen vor Ort, sie würden nicht in das Thema Wasser investieren. Auch die Wasserzweckverbände würden nicht investieren. Da sind Sie völlig falsch gewickelt. Das Wasser ist das, was wir alle zum Leben brauchen. Das ist die ureigenste Aufgabe des Staates. An dieser Stelle möchte ich alle Kommunen und alle Wasserzweckverbände loben, die in diesem Land die Wasserversorgung unserer Bevölkerung in exzellenter Weise sicherstellen.

(Beifall bei der CSU)

2023 flossen allein 100 Millionen Euro in 70 Projekte der Wasserversorgung in ganz Bayern und in den Schutz des Grundwassers. Wir müssen uns vor Augen halten, dass es auch immer um das Grundwasser geht. Es geht nicht nur um das Wasser, das wir auf Dächern auffangen, um es irgendwo zu verwerten, nein, es geht ums Grundwasser. Dieses Grundwasser ist endlich. Wasserschutz und Wasserversorgung haben absolute Priorität. Wir haben unser Programm nicht ohne Grund "Wasserzukunft Bayern 2050" genannt; denn wir müssen das Wasser für die nächsten Generationen sichern. Ohne Wasser haben wir keine Lebensgrundlage auf diesem Planeten.

Noch einmal mein Hinweis: Wir debattieren hier nicht über Steuern. Wir debattieren über das, was wir mit Augenmaß und Ziel tun können, um die örtliche Wasserversorgung sicherzustellen. Das ist der himmelweite Unterschied.

In Ihrem Dringlichkeitsantrag findet sich eine Formulierung, die ich so nicht mittragen kann: Die Wasserversorger würden die Gebühren aus Jux und Tollerei erhöhen; alles würde teurer, auch das Wasser. – Die Kommunen müssen in einem Zeitraum von maximal vier Jahren Globalberechnungen durchführen, wo genau berechnet werden soll, wie sich der Kubikmeterpreis für Wasser darstellen darf. Da ist keine Gewinnkalkulation drin. Es muss umgelegt werden. Deswegen muss doch die Diskussion darüber erlaubt sein, dass Gelder generiert werden, um die Wasserversorgung zu finanzieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtig ist dabei, dass dies mit Ziel und Augenmaß geschieht.

Auf diesem Weg müssen wir alle Beteiligten mitnehmen, also die Kommunen, die Versorger und die Wasserzweckverbände, in erhöhtem Maße die Landwirtschaft, die Lebensmittel produzierenden Unternehmen und die beteiligten Behörden. Pauschal zu sagen, dass man Steuererhöhungen ablehne, ist nicht der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU)

Wasserschutz ist auch immer Klimaschutz. Das müssen wir uns vor Augen halten. Ich weiß, Klimaschutz und Klimaanpassung sind bei Ihnen keine Themen. Sie leugnen das nach wie vor und sagen, dass es den Klimawandel nicht gäbe.

(Zurufe von der AfD)

Diese Meinung können Sie so vertreten. Das ist Ihre Theorie. Die Staatsregierung, die Mehrheit dieses Hohen Hauses und ich teilen diese Meinung nicht. Wir müssen nur die Augen aufmachen, um mitzubekommen, was draußen vor sich geht. Wir sehen den Zusammenhang zwischen Klimaschutz und Wasserschutz. Beide bedingen einander. Das haben wir beispielsweise in den trockenen Sommern erlebt, als wir darüber debattiert haben, wie wir mit Wasser umgehen müssen und ob wir noch Pools füllen dürfen. Wasser ist Lebensgrundlage.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in aller Ruhe über diese Punkte diskutieren. Lassen Sie uns eine Abwägung mit den Experten in den Ausschüssen und mit Vertretern des Umweltministeriums vornehmen, welchen Weg wir einschlagen sollten, um das Wasser für die nächste Generation zu sichern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Striedl von der AfD-Fraktion.

Markus Striedl (AfD): Herr Kollege Dierl, Sie haben gerade gesagt, dass Sie der Experte für den Unterschied zwischen Steuern und Abgaben seien. Erklären Sie doch bitte einmal einer Familie den Unterschied, wenn sie im Monat 10 Euro Steuern oder 10 Euro Abgaben an den Staat bezahlt, und sagen Sie, bei welcher Variante ihr mehr Geld bleibt.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Franc Dierl (CSU): Es war mir klar, dass Sie eine solche Frage stellen werden. Ich muss jemandem, der in dieses Haus gewählt wurde, den Unterschied zwischen Steuern und Gebühren nicht erklären. Den kennen Sie ganz genau. Sie sollten ihn zumindest kennen.

Übrigens noch ein Hinweis von meiner Seite: Sie sind doch so russlandaffin. Schauen Sie sich einmal in Ländern, in denen nicht in das Wasser investiert wurde, an, was dort aus den Wasserhähnen kommt: 68 % braune Brühe.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dierl. – Für die GRÜNEN hat Herr Kollege Patrick Friedl das Wort.

Patrick Friedl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dierl hat es auf den Punkt gebracht. Unser Wasser wird knapper, und weil es knapper wird, müssen wir mit ihm eben umsichtiger umgehen. Die Regeneration des Grundwassers lässt nach, weil wir erheblich weniger Niederschläge haben und deswegen den Grundwasserschutz ausbauen müssen.

Zusätzlich haben wir ein riesiges Problem, nämlich die Klimaüberhitzung. In der Region Unterfranken, wo ich zu Hause bin, spüren wir das in besonderem Maße. Selbst der Herr Umweltminister Glauber spricht davon, dass es zunehmend deutlich wird, dass die vorhandenen Stellen und Mittel nicht ausreichen werden, um diese Probleme anzugehen. Im letzten Oktober hat er in einem Bericht wörtlich zu Protokoll gegeben: Eine erste Schätzung im Jahr 2022 hat ergeben, dass jährlich bis zu rund 560 Millionen Euro und etwa 500 Stellen allein im Bereich der Wasserwirtschaft erforderlich sind, um die anstehenden Probleme im Wasserschutz überhaupt in den Griff bekommen zu können.

Diese Summen sind allein aus dem Haushalt nicht zu schultern, zumal auch im kommenden Doppelhaushalt, inflationsbereinigt, nicht mehr Geld für den Wasserschutz vorgesehen ist. Umso dringlicher ist es, dass wir endlich ein Gesetz für den Wassercsent bekommen. Gleichzeitig ziehen wir in Bayern immer mehr Firmen an, die sogar zu schützendes Tiefengrundwasser kostenlos fördern und bundesweit verkaufen, weil Bayern eines der wenigen Bundesländer ist, das keine Abgaben verlangt.

Den Wassercsent gibt es bereits in 13 Bundesländern, aber nicht in Bayern. Die Staatsregierung, der Ministerpräsident und auch der Umweltminister haben mehrfach den Wassercsent versprochen und angekündigt. Jetzt ist sogar im Koalitionsvertrag untergebracht, dass es den Wassercsent bald geben soll. Hoffentlich sehr bald! Wichtig ist, dass der Wassercsent gerecht erhoben wird, dass keine Grundwassernutzerinnen und -nutzer ausgenommen werden und dass mit den Einnahmen ausschließlich der Wasserschutz unterstützt wird. Die Mittel sollen tatsächlich im Wasserschutz ankommen.

Ich schließe mit der zentralen Aussage des Umweltministeriums zum Wasserschutz: Die geschätzten Kosten sind in Relation zu den prognostizierten Folgekosten des Klimawandels in Bayern vergleichsweise gering. – Oder um es kurz zu sagen: Wenn wir jetzt nicht Wasser schützen, wird es extrem teuer, und zwar für alle. Wir lehnen den Antrag natürlich ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Friedl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Benno Zierer für die FREIEN WÄHLER.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist bereits gesagt worden, dass ein Satz in eurem Antrag richtig ist: "Wasser ist ein einzigartiges und kostbares Gut." Man könnte den Satz sogar noch erweitern: Es ist ein lebenswichtiges Gut. Genau darum ist es absolut wichtig, dass die Politik handelt. Zu dem Ansatz, der jetzt mit diesem Antrag kaputt gemacht werden soll, dass man nämlich Wasser vorausschauend schützt, gehört auch, dass Wasser Geld

kostet. Allerdings werden die Regierung, unser Minister Glauber und wir im Landtag genau darauf achten, dass das Wasser nur so teuer wird, dass es bezahlbar ist. Wichtig ist natürlich, dass die Leute draußen auch ein Gefühl für die Kostbarkeit des Wassers bekommen. Genau deshalb müssen wir den Wassercsent einführen, um der Bevölkerung mitzugeben, dass sie sich hier auch einbringen muss.

Von Ihnen würde ich erwarten, dass Sie mithelfen und draußen sagen: Wir haben uns dafür eingesetzt, dass unser kostbares Gut Wasser geschützt wird. Dieses Geld, das eingenommen wird, kommt zu den anderen Geldern noch dazu, um die Gemeinden nach den RZWas bei Erneuerung ihrer Trinkwasserleitungen und Abwasserleitungen zu unterstützen. Dass wir das machen, ist extrem wichtig. Wir dürfen dieses Geld nicht in den Steuersack stecken, sondern müssen es an die Gemeinden zurückgeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Genau dafür arbeiten und kämpfen wir. Wenn wir zusammenhelfen, wird es sicher ein gutes Gesetz werden, das die Leute auch verstehen. Diesen Antrag, der so sinn- und nutzlos wie ein Kropf ist, lehnen wir selbstverständlich ab und freuen uns auf die Diskussion. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den willigen Abgeordneten und darauf, dass wir ein gutes Gesetz machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Zierer von den FREIEN WÄHLERN, wie man hört, plant Ihre Staatsregierung aus FREIEN WÄHLERN und CSU noch in diesem Jahr einen Gesetzentwurf zum sogenannten Wassercsent. Es ist aber kein Wassercsent, das täuscht nämlich schon wieder. Es sind Kosten, die bei 50 bis 150 Euro pro Haushalt liegen, die die Menschen in diesem Land alle zahlen müssen. Sie kritisieren mit der CSU zusammen immer sehr gerne die Ampel für die horrenden

Ausgaben und für die horrenden Steuereinnahmen, die man dafür natürlich auch braucht.

Deshalb meine Frage an Sie: Warum machen Sie das Gleiche hier zusammen mit der CSU? Sie kassieren beim Wasser die Leute zusätzlich ab, und das gab es vorher nicht. Wir hatten bisher auch ein gutes Trinkwasser, ohne dass wir eine zusätzliche Abgabe zahlen mussten. Deshalb meine Frage: Warum machen Sie das mit, warum distanzieren Sie sich in diesem Punkt nicht einfach von einer CSU, die das bundesweit vielleicht machen muss? Sie, die FREIEN WÄHLER, könnten hier doch ein deutliches Zeichen für die Bürger in Bayern setzen.

(Beifall bei der AfD)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Wir arbeiten bei diesem Gesetz zusammen, und es ist wichtig, dass wir zusammenarbeiten, weil wir uns der Verantwortung bewusst sind, dass wir für das Wasser in Zukunft mehr tun müssen. In den Reden ist rübergekommen, wie wichtig das Wasser für unser Leben ist. Genau der Verantwortung sind wir uns bewusst. Darum arbeiten wir bei diesem Thema auch mit allen Willigen zusammen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Zierer. – Für die SPD spricht Frau Kollegin Anna Rasehorn.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Bereits der Titel Ihres Antrags offenbart, dass die AfD das finanzielle Konzept des Wassercents bzw. der Wasserentnahme nicht verstanden hat. Der Wassercent soll eben keine Steuer sein, deren Einnahmen anschließend für x-beliebige Zwecke eingesetzt werden dürfen. Der Wassercent soll bewusst als Gebühr mit Zweckbindung verstanden werden.

Dieser Zweck besteht darin, dass alle Einnahmen ausschließlich für den vorsorgenden Wasserschutz sowie für wasserwirtschaftliche Bau- und Sanierungsmaßnahmen eingesetzt werden. Der menschengemachte Klimawandel setzt Bayern nämlich immer stärker zu. Steigende Dürren und Trockenperioden machen einen nachhaltigen Umgang mit unserer wertvollsten Naturressource, dem Wasser, umso wichtiger. Der Wassercsent hat das Potenzial, das notwendige Bewusstsein hierfür in unserer Gesellschaft zu schaffen.

Er soll insbesondere auch für privatwirtschaftliche Entnahmen von Unternehmen verlangt werden, die das Allgemeingut Wasser zur Erwirtschaftung von Gewinnen nutzen. Wir alle kennen doch die Bilder von Nestlé in Spanien oder in Afrika, wo sie Wasser entnehmen und den Leuten vor Ort das Grundwasser entziehen, um es dann im Supermarkt für das Hundertfache zu verkaufen. Das wollen wir eben verhindern. Schauen wir uns zum Beispiel das Altmühlthal an, wo Aldi gerade anfängt, das Grundwasser abzupumpen. Deswegen lasst uns die richtigen Hebel nutzen. Diskutieren wir über den Wassercsent, über die Entnahmegebühr, aber lehnen wir diesen Antrag, der einfach sinnlos ist, ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin, es liegt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Vogler von der AfD-Fraktion vor.

Matthias Vogler (AfD): Ich hätte eine Frage an Sie, Frau Kollegin Rasehorn von der SPD, da Ihre Partei auch im Bund mitregiert. Sie haben sich einmal als Arbeiterpartei gegründet. Deshalb finde ich es erstaunlich, dass Sie jetzt gerade die Familien und die kleinen und mittelständischen Unternehmen weiter schröpfen. Egal, ob sie eine Steuer oder eine Abgabe bezahlen, das Geld am Ende des Monats wird deutlich weniger sein. Wir hätten genug Geld auch auf Bundesebene, wenn Sie nicht so viele Geschenke in die ganze Welt verteilen würden. Wenn Sie nicht Milliarden ins Ausland verteilen

würden, hätten wir genug Geld, um unsere Bürger gerade in den untersten Schichten deutlich zu entlasten anstatt weiter zu belasten. Was sagen Sie von der SPD dazu?

(Beifall bei der AfD)

Anna Rasehorn (SPD): Erstens. Wenn Sie unseren Haushaltsantrag zum Wassercent gelesen hätten, hätten Sie gesehen, dass wir auch mit anderen Maßnahmen Familien entlasten wollen, dass wir aber insbesondere privaten Unternehmen wie zum Beispiel Aldi, die jetzt im Altmühltafel das Grundwasser abschöpfen wollen, an den Kragen wollen. Das macht die SPD schon seit Jahrzehnten und Jahrhunderten. Wir wollen damit vor allem die privaten Unternehmen in die Pflicht nehmen.

Zweitens leben wir in einer Welt mit Nachbarn und Nachbarinnen. Natürlich müssen wir uns auch international einsetzen. Dort, wo wir Sachen entnehmen, wollen wir gute und verlässliche Partner:innen sein. Wir nutzen das auch. Wir müssen allein sehen, dass uns die EU Millionenimporte gebracht hat. Natürlich helfen wir auch unseren Nachbarinnen und geben dafür Geld sinnvoll aus.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rasehorn. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. – Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/1917 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegebenstimmen! – Das sind die anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.